

# **DRITTE EUROMEDITERRANE PARLAMENTSPRÄSIDENTENKONFERENZ SCHLUSSERKLÄRUNG**

**ATHEN, 17. Februar 2002**

Die an der Dritten Euromediterranen Parlamentspräsidentenkonferenz teilnehmenden Parlamentspräsidenten:

## **Euromediterrane Partnerschaft**

- 1.** berücksichtigen die Schlussfolgerungen und Abschlusserklärungen früherer Euromediterraner Parlamentspräsidentenkonferenzen in Athen (1997), Palermo (1998), Palma de Mallorca (1999) und Alexandria (2000). Sie nehmen ferner andere Initiativen wie das Euromediterrane Parlamentarische Forum sowie das Euromediterrane Parlamentarische Frauenforum und Forum junger Parlamentarier zur Kenntnis;
- 2.** sind sich der besonderen Physiognomie und Identität des Mittelmeeres bewusst, die sich aus dem die Völker der Region verbindenden gemeinsamen geografischen, geschichtlichen und kulturellen Erbe und dem Gefühl, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören, ergeben;
- 3.** betonen die bedeutende strategische Rolle des Mittelmeerraums auf der Weltbühne, insbesondere angesichts der radikalen Veränderungen in den letzten Jahren und der Herausforderungen der Globalisierung. Ihnen ist klar, dass die Sicherheit Europas und die des Mittelmeerraums eng miteinander verknüpft sind und dass es eine Verbindung zwischen den beiden Regionen und dem Weltfrieden und der internationalen Stabilität gibt;
- 4.** halten an den internationalen Grundprinzipien und der Erklärung von Barcelona aus dem Jahre 1995 fest, wie der strengen Achtung der nationalen Souveränität, der Unabhängigkeit, der Gleichheit und der Nichtintervention; der Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität; der Festigung der demokratischen Prinzipien und der transparenten Regierungsführung; der Wahrung der Menschenrechte und individuellen Freiheiten; dem Verzicht auf Gewaltanwendung und -androhung; der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und der friedlichen Streitbeilegung sowie der Erfüllung der nach dem Völkerrecht und seinen humanitären Regelungen eingegangenen Verpflichtungen;
- 5.** bekunden von neuem ihre Unterstützung für die 1995 in Barcelona ausgerufene Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Sie sind der Ansicht, dass die im Rahmen dieser Partnerschaft bisher erzielten Fortschritte nicht ausreichen, da die wirtschaftliche, soziale und technologische Kluft weiterhin offensichtlich ist, obwohl sie sich allmählich verringert;
- 6.** berücksichtigen die in der Erklärung von Barcelona genannten drei Hauptziele und die neue gemeinsame Strategie. Sie unterstreichen die Notwendigkeit, diesem Prozess neue Impulse zu verleihen und rufen alle Beteiligten auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um die Möglichkeiten des Barcelona-Prozesses in vollem Umfang zu nutzen und eine ausgewogenere Beziehung aufzubauen. In diesem Zusammenhang nehmen sie die Initiative der spanischen Präsidentschaft zur Kenntnis, in Valencia einen neuen Aktionsplan vorzuschlagen für die

Entwicklung aller drei Pfeiler der Euromediterranen Zusammenarbeit im Rahmen der Beziehungen der Euromediterranen Partnerschaft;

### **Ein Beitrag zu Frieden und Stabilität**

**7.** beklagen das Ausbleiben substanzieller Fortschritte beim Friedensprozess im Nahen Osten und rufen die Führung Israels wie die der Palästinenser auf, äußerste Zurückhaltung zu zeigen und an den Verhandlungstisch und zum Dialog zurückzukehren. Sie bekräftigen, dass die gerechte und dauerhafte Lösung des arabisch-israelischen Konflikts auf der Grundlage des Prinzips „Land für Frieden“ und der Umsetzung der Resolutionen 242, 338 und 425 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie auf einem aktiven Verhandlungsprozess erfolgen muss unter Berücksichtigung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechtes auf Selbstbestimmung und das Recht auf die Schaffung eines unabhängigen Staates, sowie das Recht Israels, in Frieden und Sicherheit innerhalb seiner international anerkannten Grenzen zu leben;

**8.** verurteilen die irrationale Anwendung von Gewalt, die zu einem Teufelskreis führt, der in letzter Zeit in der Nahostregion explodiert ist und zu großem Leid und einer Katastrophe führt. Sie bekräftigen, dass die Gefahr einer Destabilisierung in der Region akut ist und weisen darauf hin, dass die Folgen dieser erschreckenden Situation darin bestehen würden, alle Bande zwischen den beiden Völkern zu zerschneiden und die Arbeit der Friedensanhänger auf beiden Seiten für gegenseitiges Vertrauen und Verständigung scheitern zu lassen;

**9.** begrüßen, dass auf Einladung des griechischen Parlamentspräsidenten Ap. Kaklamanis zustande gekommene Treffen im Rahmen der Dritten Euromediterranen Konferenz zwischen dem schwedischen, spanischen und israelischen Parlamentspräsidenten sowie dem Präsidenten des palästinensischen Nationalrates, in dessen Verlauf vereinbart wurde – unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Initiative des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, R. Forni, - dass die Präsidenten der nationalen Parlamente der Europäischen Union und der Präsident des Europäischen Parlaments in absehbarer Zeit dem Präsidenten der Knesset, Herr A. Burg, sowie dem Präsidenten des Palästinensischen Nationalrates, Herrn Abou Ala, einen Besuch abstatten.

Die Anwesenheit der zuvor genannten Präsidenten an Ort und Stelle zeigt den Willen Europas, zum Abbau von Spannungen in der Region und insbesondere zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses beizutragen;

**10.** unterstreichen die dringende Notwendigkeit, die Bürgergesellschaft zu mobilisieren, um vom Mittelmeer bis zum Jordan eine machtvolle Friedensbewegung frei von Gewalt und Hass zu schaffen, um auf diese Weise der Region eine gedeihliche Zukunft zu geben;

**11.** bekunden erneut ihren Wunsch nach einer Teilnahme Libyens am Barcelona-Prozess;

**12.** fordern die dringende Berücksichtigung der humanitären Bedürfnisse des irakischen Volkes, unter Berücksichtigung der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen;

**13.** nehmen die jüngsten Entwicklungen auf Zypern zur Kenntnis und bringen die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Wiederaufnahme direkter Gespräche unter Anwesenheit des Sonderberaters des VN-Generalsekretärs zu einer umfassenden, gerechten, tragfähigen,

funktionellen und mit dem *acquis communautaire* vereinbaren Lösung des Zypern-Problems auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats führen werden;

### **Politische und sicherheitsbezogene Aspekte**

**14.** erinnern daran, dass der politische Dialog ein wesentlicher Bestandteil des Barcelona-Prozesses ist und die auf diesem Gebiet bisher erzielten Ergebnisse eher dürftig sind. Sie bekräftigen ihre Bereitschaft, nicht nur die bereits ergriffenen Maßnahmen beizubehalten, sondern diesen Dialog auch durch die Suche nach neuen Wegen und neue Initiativen auszubauen;

**15.** sind der Auffassung, dass die Ausarbeitung einer Euromediterranen Charta für Frieden und Sicherheit ein wichtiges Instrument für die Vertiefung dieses Dialogs darstellt. Das Dokument sollte politisch bindend sein, Spannungen und Krisen zu verhüten und durch kooperative Sicherheit Frieden und Stabilität zu erhalten versuchen. Es sollte die Erklärung von Barcelona weder ersetzen noch ablösen, sondern als Instrument für die Umsetzung dieser Erklärung dienen, wenn es um Fragen des Friedens und der Sicherheit geht und gleichzeitig anerkennen, dass alle Aspekte des Barcelona-Prozesses von bei der Festigung von Frieden und Sicherheit ihre Rolle spielen müssen;

**16.** verurteilen nachdrücklich den Terrorismus und seine kriminellen Handlungen, welche eine schwerwiegende Gefahr für alle Staaten darstellen, deren deutlichstes Beispiel die Ereignisse vom 11. September in New York und in Washington waren. Sie sprechen den Völkern und Staaten der Opfer ihre tief empfundene Solidarität aus. Sie bekunden ihre uneingeschränkte Verurteilung des Terrorismus überall auf der Welt und ihre Solidarität mit den Völkern, die darunter zu leiden haben. Sie betrachten diese Erscheinung, die den Weltfrieden und die internationale Stabilität bedroht, als Anschlag auf die gesamte internationale Gemeinschaft und alle Religionen and Kulturen zugleich. Sie weisen nachdrücklich darauf hin, dass die Ausrottung dieser Geißel langfristiges Handeln und die Achtung der Souveränität der Staaten und Völker verlangt unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren sowie der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen. In diesem Zusammenhang bekunden sie ihr Eintreten für die Förderung einer größtmöglichen Zusammenarbeit im euromediterranen Rahmen, um sich mit dem Phänomen des Terrorismus sowie mit seinen Konsequenzen für den Finanzsektor und den sozialen Bereich befassen zu können;

**17.** befürworten die Verabschiedung einer Politik, deren Ziel die Nichtverbreitung nuklearer Waffen ist, indem sie jene Staaten, welche die einschlägigen Verträge noch nicht unterzeichnet haben, auffordern diese Verträge sowie die Verträge über die Abschaffung der Massenvernichtungswaffen zu unterzeichnen und zur Verringerung der Streitkräfte auf eine den Sicherheitsbedürfnissen der Staaten angemessene Stärke beizutragen sowie zu weiteren Maßnahmen zur Bewältigung des Phänomens des Terrorismus, was zweifellos zu einem Abbau der Spannungen und der Verminderung der militärischen Aktivitäten im Mittelmeerraum beitragen wird;

**18.** sind sich über die Notwendigkeit einig, dass der politische Dialog und die Zusammenarbeit in anderen Sicherheitsfragen ausgeweitet werden müssen, z.B. bei der Bekämpfung aller Formen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität (Waffen- und Drogenschmuggel, Sklavenhandel, Geldwäsche), bei der Migration, dem Umweltschutz und der Sicherheit des Seeverkehrs. Sie sind der Auffassung, dass die Kontrolle des

Migrationsstroms und seiner Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Teil der Partnerschaftsbeziehungen und des laufenden Dialogs zwischen der Europäischen Union und ihren Partnern sein sollte;

### **Wirtschaft und Handel**

**19.** bekunden ihre Unterstützung für die bisher von den meisten Staaten des südlichen Mittelmeers bei der Modernisierung ihrer Wirtschaft erzielten Erfolge. Sie befürworten die Durchführung zusätzlicher institutioneller und struktureller Reformen, insbesondere im Steuerbereich und bei den Staatsfinanzen.

**20.** fordern die entwickelten Staaten nachdrücklich auf, neue Anreize zur Lenkung privatwirtschaftlicher Investitionen in die Entwicklungsländer festzulegen, während letztere politische Schritte zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen fördern sollten. Ebenso verlangen sie neue Initiativen zur Bewältigung des Problems der Verschuldung als Hemmnis für Infrastrukturreformen. Sie sind der Ansicht, dass die Europäische Union und die Mittelmeerstaaten eine gemeinsame Strategie hinsichtlich der Lenkung von Investitionen entwickeln müssen, damit die Finanzsysteme und die Kapitalmärkte in den Mittelmeerpartnerstaaten funktionieren;

**21.** sind sich darüber einig, dass anderen Sektoren, wie der Landwirtschaft, der *Beschäftigung*, dem Technologietransfer und dem Zugang zu Informationen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Sie betonen, dass der Schutz der Umwelt des Mittelmeers eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und eine der obersten Prioritäten ihrer Partnerschaft darstellt;

**22.** bekräftigen ihre Unterstützung für die Schaffung einer „Europa-Mittelmeer-Freihandelszone“ bis 2010, wie sie in dem Barcelona-Prozess ins Auge gefasst wird und die eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Mittelmeerraum sowie ein hohes Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt sicherstellen soll;

**23.** nehmen den Prozess der subregionalen Integration und der Süd-Süd-Kooperation zur Kenntnis, wie die Erklärung über die Errichtung einer Freihandelszone zwischen den vier Staaten, die Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet haben (Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien);

**24.** rufen alle EU-Mitgliedstaaten auf, den Prozess der Ratifizierung der bilateralen Assoziationsabkommen mit den Mittelmeerpartnern zu beschleunigen und andere Partner dazu zu ermutigen, mit der EU solche neuen Abkommen zu schließen. Sie weisen erneut darauf hin, dass die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum einen besonderen Rahmen bietet, um die Bindungen zwischen den Völkern der Region zu festigen und ihre Solidarität zu bekunden;

**25.** verlangen eine effektivere finanzielle Zusammenarbeit zur Umsetzung aller Aspekte des Barcelona-Prozesses und einer besseren Verwaltung des MEDA II -Budgets. Sie nehmen den Gedanken, eine Euromediterrane Entwicklungsbank zu gründen, zur Kenntnis, welche der Rahmen für die Zusammenarbeit und die Förderung gemeinsamer Interessen der Partner werden könnte;

**26.** fordern um einen Ausbau des Welthandelssystems, der eine Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation, die Lösung offener Umsetzungsfragen in Bezug auf die Uruguay-Runde und eine stärkere Schwerpunktsetzung bei der Entwicklung im Rahmen künftiger Handelsverhandlungen ermöglicht; sie rufen die Interparlamentarische Union in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament auf, ein Treffen anzuberaumen, um den internationalen Handelsverhandlungen und -regelungen eine parlamentarische Dimension zu geben;

### **Die kulturelle, soziale und menschliche Dimension**

**27.** bedauern, dass die kulturelle Dimension noch nicht in vollem Umfang erkundet worden ist und räumen ein, dass die verschiedenartigen mediterranen Kulturen eine solide Grundlage für die Vertiefung des kulturellen Dialogs und der Verständigung zwischen den euro-mediterranen Völkern ergeben und so zum Aufbau konstruktiver Beziehungen zwischen den Mittelmeerländern beitragen;

**28.** nehmen die Tatsache zur Kenntnis, dass die Vereinten Nationen 2001 zum Jahr des Dialogs zwischen den Zivilisationen und 2002 zum Jahr des kulturellen Erbes erklärt haben;

**29.** begrüßen die Initiative von vier Parlamenten von Ländern mit antiken mediterranen Zivilisationen, die Zusammenarbeit untereinander zu fördern;

**30.** rufen alle Staaten auf, durch Sport und das Olympische Ideal den Frieden und die zwischenmenschliche Verständigung zu fördern. Hierzu fordern sie die jeweiligen Regierungen eindringlich auf, während der Olympischen Spiele die altgriechische Tradition des Olympischen Waffenstillstands (Ekecheiria) zu pflegen und sich an die universelle Einstellung der Feindseligkeiten zu halten;

**31.** unterstützen politische Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung, von Erziehungsprogrammen, der Chancengleichheit und der Regelung des Zustroms von Einwanderern;

**32.** empfehlen die Annahme von Programmen zur Stärkung der Rolle der Frauen im Kontext der Gleichheit vor dem Gesetz und der Gleichstellung von Mann und Frau und zur Förderung des Austausches zwischen jungen Menschen;

**33.** verlangen die Entfernung negativer Leitbilder aus Geschichtsbüchern, Lehrplänen und Massenmedien, um auf diese Weise Konzepte der Toleranz gegenüber anderen Meinungen und der fundierten Auseinandersetzung mit ihnen besser durchzusetzen und gemeinsame Medienkooperationsprogramme zu fördern;

**34.** sprechen sich für mehr Kulturveranstaltungen mit Aufführungen, Ausstellungen und Besuchen aus verschiedenen Ländern, die Darbietung von Beispielen aus allen Kunstgattungen, der Musik, dem Film, dem Theater und den bildenden Künsten sowie die vermehrte Abhaltung von Kulturwochen in den jeweils anderen Ländern aus;

**35.** messen der Zivilgesellschaft bei der Förderung der Ziele der Euromediterranen-Partnerschaft, insbesondere auf dem Wege über kommunale Einrichtungen und die Informations- und Kommunikationsnetze, eine überaus wichtige Rolle bei;

**36.** begrüßen die Zusammenarbeit beim Aufbau gemeinsamer kultureller und humanitärer Projekte, wie z.B. der geplanten Wiedererrichtung der alten Bibliothek von Alexandria;

### **Die Rolle der Parlamente**

**37.** betonen, dass parlamentarische Institutionen für die Ausgestaltung enger Bindungen zwischen den Völkern der Region und die Förderung einer aufgeschlossenen Solidarität eine entscheidende Rolle spielen können. Sie verständigen sich auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene. Sie begrüßen ferner die Initiative des Wirtschafts- und Sozialrates;

**38.** bekunden in dem oben genannten Rahmen einmal mehr, dass die Mediterrane Konferenz ein wichtiges Instrument darstellt, das unter anderem durch die regelmäßige Abhaltung solcher Treffen weiter gestärkt werden sollte. Sie unterstreichen ihren Wunsch, die Kontaktaufnahme zwischen der Parlamentspräsidentenkonferenz und dem Euromediterranen Parlamentsforum aufrecht zu erhalten;

**39.** erachten es als wichtig, die Qualität ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit zu verbessern und die Ratifizierung von die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft berührenden Verträgen zu beschleunigen;

**40.** erkennen den Nutzen der Einrichtung einer Internet-Website der Parlamente Europas und des Mittelmeerraums und begrüßen darum entsprechende Initiativen mit dem Ziel, das bestehende in Alexandria vorgestellte Modell weiter zu entwickeln.

Sie nehmen die Einladung des Präsidenten des maltesischen Parlaments an, Gastgeber der nächsten Euromediterranen Parlamentspräsidentenkonferenz zu sein.